

„Gemeinden sagen Ja zu Kindern“

Ansprache von

Roland Schäfer

Bürgermeister der Stadt Bergkamen,

**1. Vizepräsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes und des
Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen**

**auf der Fachkonferenz von DStGB und StGB NRW zur
Familienpolitik in Deutschland**

am Donnerstag, 19. Mai 2005

im Gästehaus Petersberg in Königswinter bei Bonn

Einleitung

Im Namen des Deutschen Städte- und Gemeindebundes sowie des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen begrüße ich Sie herzlichst zu unserer heutigen Fachkonferenz „Gemeinden sagen Ja zu Kindern“.

Mein Dank gilt zunächst Herrn Bürgermeister Peter Wirtz für die freundliche Begrüßung und die Möglichkeit, hier in Königswinter tagen zu können.

Während Familienpolitik in der Vergangenheit, insbesondere auf Bundesebene, oft als untergeordnetes Thema, zuweilen sogar als „Gedöns“ bezeichnet wurde, ist nicht zuletzt durch den Einsatz von Frau Bundesfamilienministerin Renate Schmidt die Familienpolitik in Deutschland stärker in den Mittelpunkt der Politik gerückt. Hierfür und für das persönliche Erscheinen bei unserer Fachkonferenz gilt Ihnen, sehr geehrte Frau Schmidt, mein herzlicher Dank.

Die bessere Balance von Familie und Arbeitswelt, die zielgenaue materielle Unterstützung von Familien sowie der Ausbau der Kindertagesbetreuung stehen im Zentrum der aktuellen gesellschaftspolitischen Diskussion. Mit der heutigen Fachtagung wollen die deutschen Städte und Gemeinden zu dieser Diskussion einen Beitrag leisten.

Demografische Entwicklung

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat bereits im Jahr 2001 mit seiner Dokumentation „Mit Familien die Zukunft gewinnen“ auf die gravierenden Folgen der demographischen Entwicklung hingewiesen und eine aktive Familienpolitik eingefordert.

Die demographische Entwicklung erfordert ein klares Bekenntnis zu einer nachhaltigen, dauerhaften und integrierten Familienpolitik.

Der Anteil der kinderlosen Paare nimmt in Deutschland deutlich zu, er liegt derzeit bereits bei über 30 %. Nur jede fünfzehnte Familie hat drei oder mehr Kinder. In den vergangenen vier Jahrzehnten ist die Zahl der lebend Geborenen in Deutschland je Frau im Durchschnitt von 2,5 auf ca. 1,4 gesunken und nimmt damit weltweit einen der niedrigsten Werte ein. Um die Bevölkerungszahl konstant zu halten, müsste dieser Wert bei 2,1 liegen.

Eine aktuelle Untersuchung des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, die am 03. Mai diesen Jahres veröffentlicht wurde, belegt, dass die Deutschen immer weniger Kinder wollen. Während 1992 die Befragten in der Regel noch 2 Kinder wollten, ist jetzt der Durchschnittswert auf 1,7 gefallen. Die tatsächliche Kinderzahl liegt – wie gesagt – mit 1,4 noch unter der Zahl der gewünschten Kinder.

Auffällig ist, dass die Zahl gerade der jungen Menschen wächst, die überhaupt keine Kinder wünschen. Während bei der letzten Befragung 1992 nur 9,9 % der Frauen und 11,8 % der Männer keinen Nachwuchs wünschten, sind es inzwischen bei den Frauen 14,6 % und bei den Männern sogar 26,3 %. Andersherum gilt allerdings auch: die klare Mehrheit will durchaus Kinder, nur kommt es nicht bei allen zur Umsetzung dieses Wunsches.

Nach einer Forsa-Umfrage für die Zeitschrift „Eltern“ spielen bei den aufgezeigten Tendenzen unterschiedliche Motive eine Rolle (Mehrfachnennungen waren möglich):

44 % der Kinderlosen fehlt nach eigenem Bekunden schlichtweg der geeignete Partner, um eine Familie zu gründen. Ebenso viele sind auch ohne Kinder mit ihrem Leben zufrieden. Fast 40 % begründen ihren Verzicht mit beruflichen Unsicherheiten. Ein Drittel will unabhängig bleiben, 29 % fürchten die Kosten eines Kindes. Eine fehlende Betreuungsmöglichkeit als alleiniger Grund wurde lediglich von 9 % der Befragten genannt.

Laut einer Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach vom März 2004 gab es folgende Gründe, die aus der Sicht von gewollt Kinderlosen gegen Kinder sprechen:

- Mangelhafte Infrastruktur für Familien
- Angst vor finanziellen Verlusten
- Konflikt mit persönlichen Interessen
- Mangelnde Vereinbarkeit von Beruf und Kindern
- Zweifel an der eigenen Erziehungskompetenz
- Allgemeine Zukunftsängste

Bedeutung der Betreuungsmöglichkeiten

Die Gründe für die sinkenden bzw. stagnierenden Geburtenzahlen sind also sehr komplex. Nicht der fehlende Kinderwunsch ist vorherrschend, sondern strukturelle Bedingungen führen dazu, dass junge Menschen zunächst eine befristete Kinderlosigkeit wählen (um die Ausbildung abzuschließen, den Berufseinstieg zu bewältigen, erste Anschaffungen zu tätigen etc. etc.), die oft jedoch zu einer lebenslangen wird.

Es zeigt sich aber auch, dass nicht allein die in der aktuellen Diskussion immer wieder in den Vordergrund gestellte fehlende Kinderbetreuung als das entscheidende Argument anzusehen ist. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für Frauen, und zwar bedauerlicherweise ausschließlich für Frauen, zwar ein maßgebliches Kriterium bei der Entscheidung für Kinder bzw. Kinderlosigkeit, jedoch nur eines von vielen. Gerade in ländlich strukturierten Gebieten, beispielsweise in einigen Regionen Niedersachsens, sind die Geburtenzahlen bei vergleichsweise ungenügender Ausstattung mit Kinderbetreuungsangeboten höher als z.B. im Osten Deutschlands, wo trotz einer bedarfsgerechten Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen die Geburtenzahlen massiv zurückgegangen sind.

Der vom Bundesfamilienministerium Anfang des Jahres herausgegebene Familienatlas 2005 belegt deutlich, dass Familien sich durchaus in Regionen wohlfühlen, die über keine ausreichende Zahl von Kinderbetreuungsmöglichkeiten verfügen. Maßgebliche Gründe sind dort insbesondere die Arbeitsmarktsituation, zur Verfügung stehende Wohnungen sowie das Sicherheitsempfinden. Gleichwohl ist der Ausbau der Tagesbetreuung notwendig, ich werde hierauf zurückkommen.

Eine zukunftsorientierte Familienpolitik darf sich allerdings ohnehin nicht nur auf ein Handlungsfeld konzentrieren, sondern alle staatlichen Ebenen und alle Politikfelder sind gefordert, ihre Möglichkeiten auszuschöpfen.

Gründe für eine aktive Familienpolitik

Unser Gemeinwesen hat nur dann eine Zukunft, wenn wir die Familien in das Zentrum der Politik stellen. Seit Jahren mahnt das Bundesverfassungsgericht die Politik zum Handeln. Familien und Kinder müssen in der Gesellschaft größere Anerkennung und einen höheren Stellenwert finden.

Eine grundlegende Diskussion über eine zukunftsorientierte Familienpolitik ist aus vier Gründen erforderlich:

1. Für die Städte und Gemeinden wird die Frage der Kinder- und Familienfreundlichkeit zu einem entscheidenden Standortfaktor der Zukunft. Bereits heute zeigen sich erhebliche Wanderungsbewegungen innerhalb Deutschlands. Diese werden beeinflusst von Arbeitsplätzen, aber auch von der Situation, die Familien in Städten und Gemeinden vorfinden. Es sind aus kommunalem Eigeninteresse familienpolitische Strategien zu entwickeln, um junge Familien an ihre Kommune zu binden.
2. Der Standort Deutschland kann nur mit gut ausgebildeten Menschen erfolgreich den globalen Wettbewerb bestehen. Die Bildungsbedingungen sind von Anfang an, also auch für den vorschulischen Bereich, zu verbessern. Lebenslanges Lernen braucht die richtige Basis und ist gleichzeitig die Grundlage der Wissensgesellschaft.
3. Um den mit den Folgen des demographischen Wandels verbundenen Fachkräftemangel zu bewältigen, müssen qualifizierte Frauen in den Erwerbsbereich integriert werden. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss daher neben flexiblen Arbeitszeitmodellen auch durch Angebote der Kinderbetreuung gewährleistet werden.
4. Untersuchungen belegen, dass Länder bzw. Regionen mit kinder- und familienfreundlichen Bedingungen hohe Geburtenraten, stabile Familienkonstellationen und eine günstige Altersstruktur vorweisen können. Ferner sind frühzeitig in Bildung und Erziehung investierte Mittel eine wichtige Maßnahme der Prävention und sparen umfangreiche spätere Kosten im Kinder- und Jugend und Familienbereich.

Förderung ohne Bevormundung

Der Staat kann und soll familienfreundliche Rahmenbedingungen schaffen. Er kann aber nicht allein den Stellenwert von Familien und Kindern in unserer Gesellschaft beeinflussen. Hier ist unsere Gesellschaft insgesamt, also jeder

Einzelne gefordert. Deutschland ist so lange kein familienfreundliches Land, so lange Kinderlärm nicht als Zukunftsmusik verstanden wird, sondern vielerorts Gegenstand gerichtlicher Auseinandersetzung ist.

Gleichzeitig darf eine Familienpolitik des Staates nicht zu einer Bevormundung von Familien führen. Aussagen, wie die von Bielefelder Professor Hurrelmann, wonach Eltern zwingend Erziehungsseminare besuchen sollten sowie Diskussionen über notwendige „Elternführerscheine“, wie auch Fernsehsendungen über „Supernannies“ sind wenig hilfreich, da durch derartige Diskussionen die Angst junger Menschen vor mangelnder Erziehungskompetenz noch gefördert wird. Notwendig sind jedoch Beratungsangebote und praktische Hilfestellungen.

Es ist Aufgabe des Staates, Familien sowohl bei der Erziehung zu unterstützen als auch finanziell zu entlasten. Es ist im Ergebnis keineswegs so, dass in Deutschland zu wenig finanzielle Mittel für Familien zur Verfügung gestellt werden. Nach Angaben des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel belaufen sich die Aufwendungen für Familien auf rund 180,6 Mrd. € (inkl. Hochschulbereich) im Jahr. Das Finanzvolumen der familienunterstützenden Leistungen in der Bundesrepublik ist also insgesamt hoch.

Man muss sich jedoch die Frage stellen, ob diese Förderungen zielgenau sind und den tatsächlichen Anforderungen der Familien entsprechen. Es ist zu hinterfragen, ob das derzeitige System der mittelbaren und unmittelbaren Förderung durch viele Hände nicht durch direkte Transferleistungen durch eine Familienkasse ersetzt werden könnte. Ein System nach dem Motto „alles aus einer Hand“ könnte zu mehr Übersichtlichkeit, Wirksamkeit und Zielgenauigkeit familienbezogener Leistungen beitragen.

Sehr geehrte Frau Ministerin, wir wissen, dass in Ihrem Haus und an anderen Stellen intensiv an der Thematik gearbeitet wird. Den Ergebnissen sehen wir heute schon mit Interesse entgegen.

Unzureichende Betreuungsangebote in Deutschland

Unstreitig ist in Deutschland das Angebot an Tageseinrichtungen für Kinder im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich.

Die Versorgung mit Kindertageseinrichtungen fällt dabei unter regionalen Aspekten sehr unterschiedlich aus. Vor allem im Vergleich zwischen West- und Ostdeutschland. Bei der Versorgung mit Kindergartenplätzen gibt es zwar in Ost- und Westdeutschland in Erfüllung des Rechtsanspruchs keine gravierenden Abweichungen, erhebliche Unterschiede bleiben allerdings in der Ausgestaltung des Angebots. Von Kindertageseinrichtungen als einem effektiven Instrument zur

Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann insofern allenfalls in den ostdeutschen Ländern gesprochen werden.

Veränderte Familienstrukturen und gesellschaftliche Entwicklungen lassen den Bedarf an Betreuungsangeboten steigen. Vorschläge und Maßnahmen zur Bildungsreform werden deshalb gerade auch im kommunalen Bereich intensiv diskutiert.

Die Städte und Gemeinden sehen sich in diesem Sinne nicht nur als Betroffene. Wir sind vielmehr daran interessiert, uns aktiv an der Umsetzung von Reformmaßnahmen zu beteiligen. Wir möchten uns jedoch nicht – wie häufig geschehen – vom Bund und von den Ländern belehren lassen, welche Verantwortung die kommunale Ebene übernehmen soll, wo ihr doch in der Vergangenheit immer wieder einseitig Aufgaben aufgebürdet wurden. Dies hat uns zum Teil überfordert und ist zu Lasten anderer kommunaler Politikfelder gegangen. Deshalb wird sich die Reformfähigkeit unseres Bildungs- und Erziehungssystems auch gerade daran messen lassen müssen, ob die grundsätzlichen Strukturen und finanziellen Probleme beim Ausbau der Kinderbetreuung im vorschulischen, aber auch im schulischen Alter auch tatsächlich zur Sprache kommen und gelöst werden.

Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz

Die Kommunen haben es im letzten Jahrzehnt mit enormen Anstrengungen geschafft, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt umzusetzen und können heute eine Vollversorgung mit Regelplätzen in Kindertageseinrichtungen anbieten.

Ein Problembereich bleiben allerdings Kinder aus Zuwandererfamilien. Dass vor allem für Kinder mit Migrationshintergrund große Integrationsaufgaben bestehen, zeigt sich etwa daran, dass diese Kinder zwar im Kindergarten und Schule die deutsche Sprache lernen sollen, allerdings nicht selten scheitern, da ihre Eltern und ihr häusliches Umfeld vielfach weit hinter den Erfordernissen der sprachlichen Integration zurückbleiben. Sprachliche Defizite zeigen sich allerdings auch vermehrt bei Kindern mit zwei deutschsprachigen Elternteilen.

Die Fokussierung fast aller kommunalen Anstrengungen im vorschulischen Sektor auf die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kindergartenplatz hat – das müssen wir rückblickend feststellen – den sachlich gebotenen, bedarfsgerechten und gleichmäßigen Ausbau bei den Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Alter unter drei Jahren außerhalb der eigenen Familie sowie eine Verbesserung bei der

Versorgung mit Ganztagsplätzen in den Kindertageseinrichtungen in den Hintergrund treten lassen.

Weiterentwicklung der Kinderbetreuung

Die neu entbrannte Bildungsdiskussion muss auch vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Wandels und der Erwartungen der heutigen und zukünftigen Elterngeneration an institutionalisierte Betreuungsangebote für ihre Kinder gesehen werden. Ein zentrales Anliegen der jüngeren Generation ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die meisten jungen Menschen wollen nicht jenseits der traditionellen Lebensformen von Beruf und Familie ein selbstbezogenes Leben führen, sondern gehen davon aus, beide Lebenskonzepte miteinander verbinden zu können.

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hält eine grundsätzliche Neuorientierung in der Weiterentwicklung der institutionalisierten Kinderbetreuung für notwendig, weil nur so die Weichenstellung für die Zukunftsausgaben der Erziehung und Bildung nachhaltig gelingen kann. Im Kontext des demographischen Wandels und vor dem Hintergrund der ersten Ergebnisse der PISA-Studie wird deutlich, dass die Prioritäten neu zu setzen sind: Nicht nur der Staat und die Kommunen sollten Adressaten reformierter Forderungen sein, sondern auch die Eltern selbst, die Wirtschaft, die Arbeitnehmervertretungen, Kirchen und andere gesellschaftliche Institutionen und Gruppierungen.

Kosten der Kinderbetreuung

Der weitere Ausbau eines qualifizierten Kinderbetreuungsangebotes ist heute eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Unabdingbare Voraussetzung ist jedoch, dass die Kommunen hierzu die notwendigen finanziellen Mittel erhalten. Da es sich hierbei um eine gesamtstaatliche Aufgabe zur Bewältigung vielschichtiger gesellschaftlicher Probleme handelt, werden Bund und Länder ihrer Verantwortung nur gerecht durch eine verlässliche und dauerhafte finanzielle Beteiligung an den Kosten der Betreuung und Erziehung der Kinder im Vorschulalter. So ist es aus kommunaler Sicht nicht seriös, diese Finanzmittel durch noch nicht eingetretene Einnahmen erreichen zu wollen, wie dies bei der Umsetzung des Tagesbetreuungsausbau Gesetzes erfolgte. Die gesetzlich zugesicherten 2,5 Mrd. € Entlastungen für die Kommunen bundesweit im Rahmen der Umsetzung von Hartz IV sind bislang noch nicht eingetreten. Zudem sollte diese Entlastung ein Ausgleich für weggefallene kommunale Einnahmen und gestiegene Sozialausgaben sein, und nicht für neue Aufgaben eingesetzt werden!

Um nicht missverstanden zu werden: Die Städte und Gemeinden haben in der Auseinandersetzung mit der Bundesregierung zum Tagesbetreuungsausbau Gesetz immer wieder deutlich gemacht, dass sie die große gesellschaftliche Bedeutung ihres Auftrags, ein qualitätsorientiertes und bedarfsgerechtes System der Kindertagesbetreuung zu entwickeln, anerkennen. Angesichts der dramatischen Finanzlage der Kommunen sind wir aber nach wie vor der Auffassung, dass die Finanzierung der Betreuungs-, Erziehungs- und Bildungsangebote außerhalb der eigenen Familie zwischen Bund, Ländern und Kommunen dringend neu geordnet werden muss.

Verschiedene Formen der Tagesbetreuung

Bei der Berechnung der Kosten für bedarfsgerechte Kinderbetreuungsangebote ist zwar zu berücksichtigen, dass in Zukunft aufgrund der demographischen Entwicklung ein erheblicher Teil des Ausbaus durch Umwandlung nicht mehr benötigter Kindergartenplätze realisiert werden kann. Nach den bisher bekannten Modellrechnungen ist aber für die an regionalen Schwerpunkten zu orientierenden Neueinrichtungen von Kindergartenplätzen und die Einrichtung oder Umwandlung von Ganztagesplätzen mit einem zusätzlichen investiven Aufwand in den alten Bundesländern von rund 8,5 Mrd. € und hinsichtlich der Sanierung vorhandener Plätze in den neuen Bundesländern von rund 1,2 Mrd. € zu rechnen. Hinzu kämen jährliche Betriebskostensteigerungen in einer Größenordnung von rund 4,0 Mrd. €.

Diese Zahlen zeigen, dass es zwingend erforderlich ist, neben der institutionellen Betreuung in Kindertagesstätten auch andere Betreuungsformen stärker ins Blickfeld zu nehmen, wenn man bei begrenzten finanziellen Ressourcen ein optimales Ergebnis erzielen möchte.

Traditionelle Verwandtschafts- und Nachbarschaftshilfe sowie Au-pair-Stellen und Babysitten werden ihren Stellenwert auch in Zukunft behalten.

Zu den weiteren Angeboten, die kostengünstig sind ohne dass die Betreuungsqualität darunter leiden muss, gehören vor allem der Einsatz von Tagesmüttern und die von Elterninitiativen getragenen Betreuungsgruppen. Denkbar scheint mir ferner eine Ausweitung des sozialen Jahres neben Alten- und Krankenpflege auch auf Kinderbetreuung.

Alle genannten Angebotsformen bedürfen der Unterstützung durch Kommune, Land und Bund, sei es durch finanzielle Hilfen, Beratungsleistungen, Qualifizierungsangebote oder Abbau von bürokratischen Hürden.

Rolle der Wirtschaft

Beide der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist auch die Wirtschaft gefordert.

Kinder sind unsere Zukunft. Sie sind die Arbeitskräfte, die Konsumenten und die Eltern von morgen. In vielen Betrieben gehört die Rücksichtnahme auf die Belange von Familien leider noch nicht zur Unternehmensstrategie. Flexible Arbeitszeiten und Teilzeitmodelle, besonders für Frauen, sind noch nicht überall Standard. Unterstützung bei der Kinderbetreuung findet sich ebenfalls noch zu selten.

Ich freue, dass die Wirtschaft offensichtlich beginnt, hier einen Paradigmenwechsel vorzunehmen. In vielen Unternehmen setzt sich die Erkenntnis durch, dass es sich sogar betriebswirtschaftlich rechnet, auf die Belange von Familien Rücksicht zu nehmen. Denn nur Mütter und Väter, die ihre Kinder tagsüber gut aufgehoben wissen, können sich mit ganzer Kraft auf ihre Arbeit konzentrieren.

Von einer familienfreundlichen Haltung in den Betrieben profitieren auch der Staat und die Sozialversicherungsträger. Je mehr Mütter und Väter sich am Erwerbsleben beteiligen können, desto mehr Steuern und Sozialabgaben werden geleistet.

Die unter dem Dach der „Allianz für Familie“ seit Mitte 2003 angelegte Bundesinitiative für eine bessere Balance von Familie und Arbeitswelt, die Beteiligung von zahlreichen Betrieben an der Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familien“ und nicht zuletzt die zahlreichen Vertreterinnen und Vertreter der Wirtschaft heute bei dieser Fachkonferenz machen Mut.

Lokalbezug der Familienpolitik

In den letzten Jahren gerät zunehmend mehr in den Blick, dass die Lage der Familien ganz wesentlich davon abhängt, inwieweit Familienbelange auf der örtlichen und regionalen Ebene berücksichtigt werden.

Die Kommunen müssen ihre Verantwortung für Kinder- und Familienförderung nicht zuletzt als kommunalen Standortfaktor begreifen. Die Städte und Gemeinden dürfen nicht verkennen, dass Bund und Länder vielfach nur Rahmenbedingungen schaffen können, ohne auf die genauen Lebensbedingungen der Familie Bezug nehmen zu können. Ein derartiger Bezug gelingt eben nur dort, wo die Familien sich tatsächlich aufhalten, also in den Städten und Gemeinden. Dort besteht eine besondere Verantwortung, die Lebenslagen von Kindern zu verbessern und im

Sinne der UN-Kinderrechtskonvention für die Rechte von Kindern in Kooperation mit Politik, Wirtschaft und anderen gesellschaftlichen Kräften einzutreten.

Kommunale Familienpolitik gehört in die Leitbildentwicklung jeder Kommune. Die deutschen Städte und Gemeinden bekennen sich nachdrücklich zu dieser Aufgabe.

Die Stadt und Gemeinde muss zu einem lebenswerten Ort für Kinder und Familien entwickelt werden.

Ansatzpunkte kommunaler Familienpolitik

Eine aktive kommunale Familienpolitik mit dem Ziel, eine kinder- und familienfreundliche Stadt zu schaffen, geht über die Errichtung und den Betrieb von Kindertagesstätten und Hortgruppen weit hinaus.

Die kommunalen Möglichkeiten sind dabei vielschichtig:

- familiengerechte Bau- und Verkehrsplanung (z.B. familiengerechtes Wohnen und Wohnumfeld, Freiräume für Kinder, Spiel- und Bolzplätze, kindgerechte Umgestaltung von öffentlichen Flächen),
- Förderung von Nachbarschaftshilfen und bürgerschaftlichem Engagement,
- familiengerechte Gebühren für kommunale Angebote,
- Einrichtung offener Treffpunkte (Mütterzentren, Jugendheime, Dorfgemeinschaftshäuser, Stadtteilzentren),
- Freizeit- Sport- und Kulturangeboten, die auf die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Familien ausgerichtet sind,
- der Förderung des Dialogs der Generationen, einschließlich Familienbildung und Familienberatung.

In einzelnen Städten findet man im Internet einen virtuellen Marktplatz für Familien. Dort können Betreuungs- und Freizeitangebote für Kinder (z.B. Kindertageseinrichtungen, Schulen, Ferien-Betreuungsangebote, Musikschulen, Sportvereine, kulturelle Angebote), kommunale Dienstleistungsangebote, die Familien bei der Pflege ihrer Angehörigen unterstützen sowie haushaltsnahe Dienstleistungen (z.B. Einkaufsservice) abgefragt werden.

Im Laufe unserer Konferenz werden noch eine ganze Reihe vorbildlicher Initiativen im Sinne von „Best Practices“ vorgestellt werden.

Familienorientierte Netzwerke

Die Kommunen müssen dabei nicht alle Maßnahmen selbst übernehmen, sondern sie können auch familienorientierte Netzwerke unterstützen und moderieren. Für die aktive Gestaltung positiver Lebensbedingungen für Kinder und Familien sind alle gesellschaftlichen Kräfte vor Ort zu mobilisieren und in gemeinsamen Aktionen einzubinden. Gerade hier setzt die Bundesinitiative „Lokale Bündnisse für Familien“ an. Ich wünsche uns allen, dass die Bundesinitiative, die derzeit bestehende Dynamik auch nach dem Auslaufen der Bundesfinanzierung beibehält.

Ausblick

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die deutschen Städte und Gemeinden bekennen sich zu einer aktiven Familienpolitik und sagen „Ja zu Kindern“. Aber nur gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Akteuren, wie Bund, Ländern, Gemeinden, Eltern, Wirtschaft und Tarifvertragsparteien kann die neue Struktur und die Finanzierung einer nachhaltigen Familienpolitik sichergestellt werden. Familie und Kinder sind der Garant für das Leben in unseren Städten und Gemeinden. „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“!